



Rubrik: Wirtschaft

Ausgabe 8 - 2018

Zentralbank sagt nein

Die russische Zentralbank hat den Gesetzentwurf über die mögliche Einrichtung von Offshore-Zonen auf der Oktober-Insel in Kaliningrad und auf der fernöstlichen Insel Russkij scharf kritisiert.

Dies berichtet die Nachrichtenagentur „Interfax“. Ihr zufolge betrachtet die Zentralbank das im Gesetzentwurf vorgesehene Recht einheimischer Privatunternehmer, ihre aus den dem Ausland erhaltenen Finanzen nach eigenem Gutdünken frei auf Bankkonti im Ausland zu transferieren, als unannehmbar.

Die Zentralbank meint, diese Norm des Gesetzentwurfes laufe dem erklärten Ziel desselben, russisches Kapital zurück ins Heimatland zu locken, zuwider.

Nach dem jüngst eingebrachten Gesetzentwurf könnten sich ausländische Unternehmen in den Offshore-Zonen der Russkij-Insel und der Oktober-Insel als russische juristische Personen offiziell eintragen lassen, ohne dass dabei zwischen ihnen und diesen neuen juristischen Personen eine „Rechtsnachfolge“ entstehen würde.